

## Beschluss Leitantrag - Zeitenwende - Was Thüringen jetzt tun muss

Gremium: LaVo  
Beschlussdatum: 22.05.2022  
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

### Antragstext

1 Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Seit dem 24.02.2022 ist Frieden in  
2 Europa kein Normalzustand mehr. Der aggressive Angriffskrieg von Russland gegen  
3 die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende in Europa und Deutschland, mit  
4 weitreichenden Konsequenzen auf unser aller Leben, auf alle Felder der Politik.  
5 Es braucht eine neue Sicherheitsarchitektur, die die Verteidigungs- und  
6 Aussenpolitik ebenso umfasst, wie die Landwirtschafts, Energie- und  
7 Wirtschaftspolitik.

8 Gleichzeitig ist die Corona-Pandemie nicht vorbei, so sehr wir uns das alle  
9 wünschen würden. Die Expert\*innen sind sich weitgehend einig, dass spätestens im  
10 Herbst die Gefahren durch das mutierende Virus wieder ansteigen. Indizien dafür  
11 gibt es bereits jetzt. Hier müssen wir verhältnismäßige, wirksame Werkzeuge  
12 rechtzeitig zur Verfügung stellen, um keine Verschärfung der Krise herauf zu  
13 beschwören. Wir müssen dabei mit Widerstand anderer Parteien in Land und Bund  
14 rechnen. Und diese aktuellen Krisen finden auf dem Hintergrund der durch uns  
15 Menschen verursachte Klimakrise und dem Artensterben statt, die manchmal kaum  
16 merklich, aber unaufhaltsam dabei sind, die Lebensgrundlage auf unserem Planeten  
17 unwiederbringlich zu zerstören.

18

19 Seit dem 24.02. stehen nun alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck  
20 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Dieser Krieg hat bereits  
21 tausende Tote gefordert, Millionen müssen vor Tod und Folter aus ihrer Heimat  
22 fliehen, ein Ende ist nicht abzusehen. Er stellt einen eklatanten Bruch des  
23 Völkerrechts dar, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht, auf die  
24 Demokratie und auf die Menschenrechte. Die Kriegsverbrechen von Butscha und  
25 Irpin beweisen, wie brutal, rücksichtslos und maßlos Putin seinen völkisch-  
26 faschistischen Imperialismus durchsetzen will. Der Ukraine muss deshalb jede  
27 Hilfe zur Selbstverteidigung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb  
28 ausdrücklich die klare, wertorientierte und bündnisorientierte Außenpolitik von  
29 Annalena Baerbock ebenso wie die umfassenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen  
30 gegen Russland. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, allen voran  
31 von Robert Habeck, möglichst schnell unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus  
32 Russland zu werden und die Energiewende unter Hochdruck voranzutreiben. Wir  
33 können es uns nicht erlauben, uns wieder von den fossilen Rohstoffimporten  
34 anderer Länder abhängig zu machen. Außerdem unterstützen wir alle Mittel für  
35 humanitäre Hilfe vor Ort. Der Krieg wird aber nicht nur gegen die Ukraine  
36 geführt, er ist auch ein Krieg gegen die Länder dieser Welt, die auf  
37 Lebensmittelimporte angewiesen sind. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die  
38 Bemühungen von Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem  
39 Özdemir internationale Koalitionen zur Bekämpfung der entstehenden Hungerkrise  
40 zu schmieden und die europäische Lebensmittelpolitik an den Engpässen durch den  
41 Nahrungskrieg von Putin auszurichten und dabei vor allem auch die materiell  
42 weniger wohlhabenden Länder mitzudenken.

43

44 Waffenlieferung ohne Aufrüstungsspirale

45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Thüringen die Partei, die aus der Umwelt- und  
46 Friedensbewegung der DDR und aus den Bürgerbewegungen der friedlichen Revolution  
47 entstand. Dabei stand der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik im Zentrum, die  
48 das Ziel einer (Atom-)waffenfreien Welt im Blick hat. Die Entscheidung nun in  
49 eine Krisenregion Waffen aller Art zu schicken, stellt uns vor schwierige  
50 Abwägungen. Auch wenn wir angesichts der Lage in der Ukraine mehrheitlich zu  
51 dieser Entscheidung gelangen, stellt es für viele von uns eine Zumutung dar.  
52 Klar ist, dass wir diese Situation keinesfalls als Blaupause verstehen, um eine  
53 Abkehr von unserer bisherigen Friedenspolitik einzuleiten. Vielmehr wird gerade  
54 jetzt klar, wie wichtig eine wertegeleitete, weitsichtige, nicht nur an Handels-  
55 und Territorialinteressen orientierte Außenpolitik ist. Und wir wissen, welche  
56 wichtigen Anteil für Friedensprozesse der Pazifismus in seinen verschiedenen  
57 Erscheinungsformen spielt. Deutlich wird auch, dass die Vernachlässigung von  
58 kluger Abrüstungspolitik bei nachlassender Wehrhaftigkeit unserer Bündnisse  
59 keine guten Ergebnisse bringen. So stehen wir dazu, der Ukraine alles das zu  
60 liefern, was sie braucht, um ihr Land effektiv zu verteidigen. Die Situation ist  
61 im Gegensatz zu den meisten Konflikten klar und eindeutig: die militärische  
62 Großmacht Russland überfällt, getrieben von einer imperialistischen  
63 nationalistischen Ideologie völkerrechtswidrig einen kleineren Nachbarn mit dem  
64 erklärten Ziel, dessen Existenz auszulöschen. Die Ukraine als souveräner,  
65 demokratischer Staat nimmt lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahr. Ein  
66 Ausbleiben der Unterstützung würde global einen gefährlichen Präzedenzfall  
67 schaffen, der völkerrechtliche Prinzipien aushebelt und anderen Großmächten als  
68 Vorbild dienen kann, in ein anderes schwächeres Land einzumarschieren. Für die  
69 Sicherheitslage in Europa wäre überdies ein russischer Sieg in diesem Krieg  
70 fatal.

71

72 Auf der anderen Seite ist jedoch klar, dass es nicht zu einer  
73 Aufrüstungsspirale kommen darf. Deshalb stehen wir dem 100MRD Sondervermögen  
74 kritisch gegenüber. Wir müssen zwar feststellen, dass die Bundeswehr, die in der  
75 Lage sein muss ihren Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen,  
76 in einem miserablen Zustand ist. Die Vergangenheit zeigt allerdings, dass  
77 pauschale Geldbeträge nicht weiterhelfen. Die Finanzierung der Bundeswehr ist in  
78 den letzten Jahren schon massiv gestiegen. Deutschland gibt bereits jetzt im  
79 internationalen und europäischen Vergleich enorme Summen für Rüstung aus. Eine  
80 deutliche Verbesserung der Bundeswehr, der Ausstattung und der  
81 Handlungsfähigkeit blieb allerdings aus. Es muss daher sichergestellt werden,  
82 dass weder das Sondervermögen noch ein höherer Wehretat in komplizierten  
83 Beschaffungssystemen oder teuren Beraterverträgen versickert. Daher müssen  
84 zuerst die Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr massiv reformiert werden. Für  
85 die nötigen Investitionen braucht es einen dezidierten mit den europäischen  
86 Partnern gut abgestimmten Plan, um die notwendige Ausrüstung klug anzugehen.  
87 Außerdem muss dringend mehr Geld in Katastrophenschutz und Cybersicherheit  
88 geben. Sie sind bei der notwendigen Ausgestaltung der Landesverteidigung  
89 essenziell.

90 Solidarität mit den Geflüchteten - Integration jetzt vorantreiben

91

92 Etwa 17.000 Menschen aus der Ukraine haben bis Mitte Mai in Thüringen Zuflucht

93 gefunden, größtenteils Ältere, Frauen und Kinder, und es ist wahrscheinlich,  
94 dass es noch deutlich mehr werden. Die von Anfang an große Hilfsbereitschaft der  
95 Thüringerinnen und Thüringer war und ist überwältigend.

96  
97 Doch leider stellen wir fest, dass die Hilfsbereitschaft nicht allen  
98 Geflüchteten gegenüber gleich groß ist.  
99 Bundestag und Bundesrat haben für alle ukrainischen Geflüchteten den Wechsel vom  
100 Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch beschlossen. Das ist ein  
101 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er darf aber nicht zu geflüchteten  
102 Menschen 1. oder 2. Ordnung führen. Geflüchtete aus anderen Ländern haben immer  
103 wieder mit starken alltäglichen Rassismen, geringerer finanzieller Unterstützung  
104 und höheren Hürden beispielsweise bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu  
105 kämpfen. Dabei verdienen alle Geflüchteten gleichermaßen bestmögliche  
106 Unterstützung.

107 Das Ziel muss sein, die Großzügigkeit im behördlichen Umgang mit den  
108 Ukrainegeflüchteten auf alle Geflüchteten auszuweiten und schnelle, dezentrale  
109 Unterbringung, sofortige Arbeitserlaubnis und Bildungs- und Integrationsangebote  
110 von Anfang an für alle zu ermöglichen. Darum unterstützen wir im ersten Schritt  
111 die Einführung des Chancen-Aufenthaltsrechtes, wie wir es im Ampel-  
112 Koalitionsvertrag festgelegt haben.

113  
114 Durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Ehrenamtlichen sind  
115 viele ukrainische Geflüchtete inzwischen gut in Thüringen angekommen. Das wurde  
116 auch durch den Strukturaufbau aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2014/2015  
117 möglich. Leider zeigt sich jetzt aber, dass die Kommunen noch nicht ausreichend  
118 darauf vorbereitet sind, in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufzunehmen. Mehr als  
119 die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sind bei Verwandten, Freunden oder bei  
120 Privatpersonen untergekommen. An vielen Orten kümmern sich Ehrenamtliche,  
121 Landsleute, Tafeln, zivilgesellschaftliche Initiativen, Religionsgemeinschaften  
122 oder Vereine um die Lebensmittelversorgung, die Vermittlung von Wohnraum, die  
123 Beschaffung wichtiger Medikamente oder das Dolmetschen bei Behördengängen. Die  
124 Ehrenamtlichen haben damit vor allem in den ersten Wochen bei der Aufnahme und  
125 Versorgung von Geflüchteten einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ehrenamtliches  
126 Engagement kann dabei staatliche Strukturen immer nur unterstützen, nicht aber  
127 ersetzen. Daher müssen wir nun alles daran setzen, die ehrenamtliche Arbeit mit  
128 den Geflüchteten finanziell besser zu unterstützen und in möglichst  
129 professionelle Strukturen zu überführen. Wir müssen die Kommunen durch  
130 langfristige und konzeptgeleitete Förderung befähigen auf besondere  
131 Ankunftsgeschehen reagieren zu können. Kommunen müssen sich vor dem Hintergrund  
132 der aktuellen Erfahrungen fit machen, um in Zukunft auf hohe Zahlen von  
133 Geflüchteten besser vorbereitet zu sein. So braucht es Notfallpläne für große  
134 Fluchtbewegungen, schnellere Registrierungsverfahren, kommunale  
135 Integrationskonzepte, ausreichend Personal in den Verwaltungen und kurzfristig  
136 einzusetzende Freiwilligen- und Ehrenamtskoordinator\*innen.

137  
138 Niemand kann derzeit sagen, wie lange die ukrainischen Geflüchteten bei uns  
139 bleiben werden. Trotzdem müssen nun die Bemühungen darauf fokussiert sein, die  
140 Integration voranzubringen. Der Bund ist seinerseits aufgefordert, die Länder  
141 und Kommunen verlässlich finanziell zu unterstützen und die Mittel für die  
142 Integrationskurse, die Migrationsberatung aber auch die psychosoziale Beratung  
143 deutlich auszubauen. Darüberhinaus sind die vielen Integrationsangebote der

144 vielfältigen Trägerlandschaft im Land wichtig. Sie brauchen dringend Sicherheit  
145 für die Finanzierung ihrer Projekte. Diese wird durch die von der CDU erzwungene  
146 globale Minderausgabe erschwert. Der Migrationsetat des Landes muss daher in der  
147 aktuellen Situation durch ein Sondervermögen gestärkt werden. Durch ein  
148 Integrationsfördergesetz wollen wir die Finanzierung dieser Projekte langfristig  
149 sicherstellen.

150

151 Vor allem die ukrainischen Kinder und Jugendliche müssen nun zur Integration  
152 schnell in die Kindergärten und Schulen aufgenommen werden. Das stellt die  
153 Kommunen vor besondere Herausforderungen, die vielerorts schon volle Schulen und  
154 Kindergärten haben. Es braucht dazu eine Ausweitung der Rahmenkapazitäten der  
155 Kindergärten und zusätzliches Personal. Die Sprachförderung in "Deutsch als  
156 Zweitsprache" und die muttersprachliche Bildung müssen ausgebaut werden.  
157 Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte Anerkennungsverfahren den Einsatz  
158 ukrainischer Erzieher\*innen und Lehrkräfte einfacher zu ermöglichen. Den  
159 ukrainischen Kindern und Jugendlichen soll zudem die Gelegenheit gegeben werden,  
160 ergänzend am ukrainischen Onlineunterricht teilzunehmen.

161

162 Migration, Integration und die Aufnahme von Geflüchteten ist kein temporäres  
163 Projekt, sondern in einer globalisierten Welt eine Daueraufgabe. Um dieser  
164 Aufgabe zukunftsorientiert in hoher Qualität gerecht zu werden braucht Thüringen  
165 ein eigenes Landesamt für Migration, das dem fachlich zuständigen Ministerium  
166 zugeordnet ist. Wir wollen die rechtlichen, personellen und sächlichen  
167 Grundlagen für dieses Amt schaffen. Dann können auch die dringend nötigen  
168 Verbesserungen in den Erstaufnahmestellen des Landes ermöglicht werden.

169

170 Energiewende bedeutet Energiesicherheit

171

172 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat eine  
173 Bewusstseins für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber  
174 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der  
175 Klimakrise vorher, u. a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die  
176 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,  
177 günstige und saubere Energieversorgung! Deshalb müssen und wollen wir eine  
178 Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen  
179 mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur  
180 schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln. Dazu ist eine sofortige,  
181 stärkere und dauerhafte Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt auf Energiewende,  
182 Energieeffizienz und Klimaschutz dringend notwendig.

183

184 Es rächt sich, dass die Große Koalition Deutschland ohne Not immer weiter in  
185 eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben. Bündnis90/die  
186 Grünen haben fortlaufend vor dieser Entwicklung gewarnt, haben Nordstream II  
187 nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der geostrategischen  
188 Gefahr entschieden abgelehnt.

189 Treiber der hohen Preise in allen Bereichen, auch in der Nahrungsmittelindustrie  
190 sind die teuren fossilen Energien, ist die fossile Inflation. Sie belastet vor  
191 allem Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Abhängigkeit von Russland,  
192 künstliche Verknappung durch fossile Konzerne und Spekulationen schießen die  
193 Preise in die Höhe. Sie sorgen für Rekordgewinne bei Öl-, Gas- und  
194 Kohlekonzernen und finanzieren zusätzlich unerträglicherweise Putins Krieg. Die

195 Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, die Folgen des Energiekrieges und des  
196 Nahrungsmittelkrieges sind auch sehr deutlich in Thüringen zu spüren.

197 Deshalb gilt es, Importmengen fossiler Energieträger besonders aus russischen  
198 Quellen so schnell wie möglich durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den  
199 Verbrauch zu reduzieren, sowie Sondergewinnsteuern auf die Krisenprofite der  
200 fossilen Wirtschaft einzuführen, mit denen eine echte Entlastung der  
201 Bürger\*innen finanziert werden kann. Mittel- und langfristig aber muss alle  
202 Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden.  
203 Thüringen zahlt jedes Jahr 2 Mrd. Euro für ausländische Energieimporte, die viel  
204 besser in regionale Wertschöpfungsketten investiert wären.

205 Der Bund legt jetzt den Hebel um, so dass wir auch in Thüringen bessere  
206 Rahmenbedingungen für den Ausbau der Erneuerbaren haben.

207  
208 Das Osterpaket verankert den Grundsatz, dass die Nutzung erneuerbarer Energien  
209 im überragenden öffentlichen Interesse liegt und der öffentlichen Sicherheit  
210 dient, und macht es für Bürgerenergiegemeinschaften einfacher und  
211 unbürokratischer, Wind- und Solaranlagen zu bauen und profitabel zu  
212 bewirtschaften (Akzeptanz). Außerdem weitet es die finanzielle Beteiligung von  
213 Kommunen so aus, dass Windenergie- und Solaranlagen den Gemeindekassen  
214 nachhaltige Erträge bringen.  
215 Hemmnisse für den Ausbau von Sonnen- und Windstrom werden abgebaut. Mieterstrom  
216 wird begünstigt, die Einspeisevergütung wieder attraktiver und die Industrie bei  
217 der Transformation hin zur Klimaneutralität massiv unterstützt.

218  
219 Unternehmen wie die Glasindustrie in Südthüringen drängen zu Recht auf den  
220 schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Sie wollen die Weichen besser heute  
221 als morgen auf Klimaneutralität stellen. Allein bei der Südthüringer  
222 Glasindustrie sind 7.000 Menschen beschäftigt. Ihre Arbeitsplätze hängen davon  
223 ab, ob es uns gelingt, die notwendige Transformation voranzubringen. Der Ausbau  
224 der Erneuerbaren schafft Arbeitsplätze und bringt Wertschöpfung in die Regionen.  
225 Erneuerbare Energien sind längst ein Standortvorteil. Genauso kommt es auf  
226 Energieeffizienz und intelligente Energienutzung an. Beispielsweise könnte das  
227 Stahlwerk Unterwellenborn künftig Abwärme für tausende Haushalte bereitstellen.

228

229 Weg vom Erdgas

230

231 Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu  
232 die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon  
233 derzeit immer noch 40 Prozent aus Russland. Eine schnelle Diversifizierung der  
234 Gasversorgung ist notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame  
235 Anstrengung der europäischen Gemeinschaft. Wir sehen die derzeitigen  
236 Anstrengungen sofort LNG-Terminals in Deutschland zu errichten sehr kritisch,  
237 erkennen jedoch an, dass diese notwendig sind, um der Abhängigkeit von  
238 russischem Erdgas zu entkommen. Sie müssen jedoch H2-ready konstruiert sein,  
239 sodass die Umstellung auf grünen Wasserstoff einfach möglich ist, um bis  
240 spätestens 2035 vollständig aus der Nutzung von fossilem Gas auszusteigen. Der  
241 Aufbau neuer Gasinfrastrukturen darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue  
242 langfristige Importabhängigkeiten von fossilen Rohstoffen geschaffen werden.

243

244 Biogas sollte, auch wenn es in Thüringen schon weitgehend ausgereizt ist,

245 dennoch aufmerksam evaluiert werden. Wir begrüßen es, dass tagesaktuell  
246 branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf  
247 Thüringer Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden.  
248 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir  
249 kontinuierliche Energiedialoge und Notfallpläne für sinnvoll.

250

251

252 Weg vom Öl

253

254 Dank der Anstrengungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist die  
255 Importabhängigkeit in kürzester Zeit von russischem Öl von 35% auf nunmehr 12%  
256 gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Importstopp.  
257 Gerade vor dem Hintergrund der stark von russischen Öllieferungen abhängige  
258 Wirtschaft Thüringens unterstützen wir die aktuellen Bemühungen der  
259 Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock  
260 und Gdańsk/Danzig. Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs setzen wir uns für ein  
261 Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf  
262 fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der private und öffentliche Fahrzeugbestand  
263 muss zügig weiter elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum  
264 durch bessere Taktungen (Mibilitätsgarantie) ausgebaut werden. Das 9-Euro-Ticket  
265 sollte schnell evaluiert und möglichst verstetigt werden. Zur Steigerung der  
266 Attraktivität des Radverkehrs sollten schnell und unbürokratisch neue Radwege  
267 und -streifen errichtet und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und  
268 Haltepunkten eingerichtet werden. Bei finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für  
269 Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger  
270 Einkommen durch zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten  
271 wir hingegen für falsch. Einsparungen und Effizienzsteigerung haben ein noch  
272 immer ungeheures Potential. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der  
273 Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von  
274 Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken. Besonderes Potenzial  
275 hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche  
276 Anpassungen im Gebäudesektor. Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im  
277 Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung  
278 müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Ebenso müssen  
279 energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden und der Einbau von Wärmepumpen  
280 stärker finanziell gefördert werden, im Zweifel auch durch eine entsprechende  
281 Erweiterung des Landesförderprogramms WärmInvest. All diese Maßnahmen müssen  
282 mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

283

284 Hin zu Erneuerbaren Energien

285

286 Wir unterstützen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen  
287 auch in Thüringen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien  
288 umsetzen. Dies ist zur Standortsicherung der Thüringer Industrie unerlässlich.

289

290 - Windkraft -

291

292 Die Windkraft macht uns unabhängiger von Energieimporten und steigert die  
293 Versorgungssicherheit Thüringens, Sie liefert in Thüringen günstig und  
294 umweltfreundlich Energie, schafft vor Ort Arbeitsplätze, Wertschöpfung und  
295 Infrastruktur. Sie lässt sich über Wärmepumpen, Straßenbahnen, Züge und E-Busse

296 auch zum Heizen und im Verkehr nutzen. Sie bringt z.B. über die Flächenpacht,  
297 die Gewerbesteuer oder direkte Zahlungen der Betreiber nach dem EEG Einnahmen  
298 für die kommunalen Haushalte, kann mit Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, ist  
299 rückstandslos rückbaubar und erzeugt keine Altlasten.

300 Der Windenergieausbau kommt aber bisher in Thüringen nicht voran, weil zu wenige  
301 Flächen bereitgestellt werden. Dabei gibt es noch viele geeignete Standorte, an  
302 denen Windenergieanlagen natur- und sozialverträglich errichtet werden können.  
303 Eine "Verhinderungsplanung" kann sich Thüringen finanziell und ökologisch nicht  
304 länger leisten.

305 Deshalb fordern wir die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie in allen  
306 Regionalplänen analog zur neuen bundeslandsspezifischen Flächenzielsetzung in  
307 Sommerpaket und die Abschaffung aller pauschalen Mindestabstände zu  
308 Windenergieanlagen.

309 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise zum Bau neuer Windenergieanlagen, zum  
310 und Kommunen zur Unterstützung bei der Errichtung neuer Windkraftanlagen und  
311 Repowering von Windenergieanlagen an alten Standorten – zur Verantwortung für  
312 die Daseinsvorsorge in Thüringen.

313

314 Wir Unterstützung besonders von Bürgerwindparks sowie solcher Projektierer, die  
315 nach dem Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten, eine stärkere Einbindung  
316 der Bürger\*innen bei der Planung neuer Windkraftstandorte bringt mehr  
317 Erkenntnisse, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

318 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise und Kommunen zur Unterstützung bei  
319 der Errichtung neuer Windkraftanlagen und Repowering von Windenergieanlagen an  
320 alten Standorten – zur Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Thüringen. Wir  
321 unterstützen besonders Bürgerwindparks sowie solche Projektierer, die nach dem  
322 Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten. Eine stärkere Einbindung der  
323 Bürger\*innen vor Ort bei der Planung neuer Windkraftstandorte verbessert die  
324 Akzeptanz, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

325

326 Der Thüringer Wald ist krank, darunter leiden die Artenvielfalt und das  
327 Binnenklima. Der Wald als wichtiger CO2 Speicher fällt mehr und mehr aus. Auch  
328 die Forst- und Holzindustrie gerät dadurch in enorme Schwierigkeiten. Der Umbau  
329 des Waldes hin zur Klimaresilienz ist eine Generationenaufgabe. Der gezielte und  
330 kluge Ausbau von Windkraftanlagen im Wald kann helfen die ökonomischen Folgen  
331 für die Waldbesitzer abzufedern und zur Energiewende beizutragen. Deshalb ist  
332 das Verbot von Windenergieanlagen im Wald für die heimische Wirtschaft, für den  
333 Wald selbst äussert schädlich und gehört sofort abgeschafft.

334

335 - Photovoltaik -

336

337 Die schnelle Abrufung von Solarinvest zeigt wie groß das Potenzial für  
338 Solaranlagen in Thüringen ist. Deshalb wollen wir die Förderung weiterentwickeln  
339 und das Solardach zum neuen Standard machen. Die Kommunen und kommunalen  
340 Unternehmen, aber auch die Landesregierung mit ihrer Vorbildwirkung sollen  
341 vorgehen und schnell Solaranlagen auf allen verfügbaren Dächern zu  
342 installieren. Außerdem braucht es einen konstruktiven Dialog mit dem  
343 Denkmalschutz. Mit gutem Willen und Fantasie können so aus Gegenspieler\*innen  
344 Partner\*innen werden. Auch die ungenutzten Potentiale von Flächen wie

345 Randstreifen von Straßen, Parkplätzen, Deponien und unproduktiver Grünfläche  
346 sollen vermehrt genutzt werden.

347

348 - Energiewende ist dezentral -

349

350 Die Wärmewende ist ein nicht zu unterschätzender Baustein hin zur Unabhängigkeit  
351 von fossilen Energieträgern. Hier sind vor allem die Stadtwerke im Land gefragt,  
352 die Wärmeversorgung umzustellen und stärker auf Biomasseanlagen, industrielle  
353 Abwärme, Solarthermie und Geothermie zu setzen. Kommunen wollen wir stärker  
354 darin unterstützen, lokale Wärmeanalysen und darauf aufbauend Wärmekonzepte zu  
355 erstellen und damit den Schritt Richtung erneuerbare Wärmeversorgung zu machen.

356

357 Wir brauchen schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dringend notwendig  
358 ist ein effizienteres Planungs- und Genehmigungsrecht, das den Bau von  
359 Erneuerbare-Energien-Anlagen deutlich beschleunigt.

360

361 Bei schnelleren Genehmigungsverfahren muss konsequenterweise auch der notwendige  
362 Ausbau der Netze (Übertragungs- und Verteilnetz) mit unterstützt werden.  
363 Letztere stoßen zunehmend an die Grenzen ihrer Aufnahmefähigkeit. Sie müssen  
364 grundlegend um- und ausgebaut werden, damit EE-Anlagen auch ans Netz  
365 angeschlossen werden können. Gerade für die östlichen Bundesländer ist außerdem  
366 wichtig, an das Europäische Wasserstoffnetz angeschlossen zu werden.

367

368 Um den Turbo zu zünden, brauchen wir spürbar bessere Rahmenbedingungen: vor  
369 allem Flächen. Damit wir in den Ländern loslegen können, brauchen wir  
370 schnellstmöglich die Novellierung des Baugesetzbuches, des  
371 Bundesnaturschutzgesetzes.

372

373 Es braucht eine leistungsfähige Verwaltung, die nur dann Planungsbeschleunigung  
374 insb. für Windanlagen erfolgreich wird umsetzen können, wenn Verfahren zügig  
375 digitalisiert, Personal im TMUEN aufgestockt und die Genehmigungspraxis von der  
376 unteren Ebene auf die Ebene oberer Landesbehörden (z.B. TLUBN) hoch gezogen  
377 wird.

378

379 Das Ziel, zwei Prozent der Fläche in Deutschland für Windräder zu nutzen, muss  
380 gerecht unter den Bundesländern aufgeteilt werden. Mit bundesweiten Standards  
381 würden für alle die gleichen Regeln gelten. Das stärkt die Akzeptanz und  
382 beschleunigt den naturverträglichen Ausbau.

383

384 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat ein  
385 Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber  
386 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der  
387 Klimakrise vorher, u.a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die  
388 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,  
389 günstige und saubere Energieversorgung!

390

391 Deshalb müssen und wollen wir eine Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem  
392 Handwerk und der Industrie, zusammen mit den Kommunen, Stadtwerken und  
393 Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur schnelleren Umsetzung der  
394 Energiewende entwickeln.